

9. 05 2005

Sachbezogen gehandelt

Bodenheims CDU rechtfertigt Nein zu Frachtzentrum

eml. BODENHEIM — Dem sozialdemokratischen Dauerbeschuß wegen der ablehnenden Haltung zum geplanten Postfrachtzentrum im „Unterfeld“ begeben die Bodenheimer Christdemokraten mit einer großen taktischen Mobilmachung. Neben einem Flugblatt (wir berichteten), in dem die CDU tapfer bekennt: „Jawohl — wir tragen die Verantwortung!“, hat sich nun auch der Fraktionsvorsitzende Josef Hubel mit einer Presseerklärung an die Öffentlichkeit gewandt. Darin weist der Parteisprecher sämtliche Attacken, die SPD-Vertreter über die Landes-, Kreis- bis zur Ortsebene gegen Bodenheim und die CDU geritten haben, zurück und unterstreicht, daß „nach sachbezogener Abwägung und in eigener Verantwortung für unsere Gemeinde“ gehandelt worden sei.

Im übrigen zeigten andere Gemeinden und Städte in der Region Interesse an der Ansiedlung eines Postfrachtzentrums, und Bodenheim habe mit der Ausweisung von 20 bis 25 Hektar Gewerbegebiet sowie weiteren 20 Hektar für Wohnbebauung seine infrastrukturelle Schuldigkeit getan. Das sei sowohl Staatssekretär Jürgen Debus und Landrat Claus Schick, beide SPD und energische Kritiker der Bodenheimer Marschroute, bekannt.

Die CDU rühmt sich, mit ihrer Politik in Bodenheim „überschaubare strukturelle Verbesserungen für die kommenden Jahre“ geschaffen

zu haben. Verantwortungslos wäre es gewesen, wenn der Bodenheimer Fläche über die bestehenden Planungen hinaus auch noch das Frachtzentrum abgerungen worden wäre. Das sei „unseren Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr zumutbar“ gewesen, genauso wenig wie die zu erwartende Lärm- und Abgasbelastung durch Tag und Nacht anrollende LKW, was die Unionspolitiker in dem genannten Flugblatt unterstreichen. Außerdem sei es nur um 250 bis 300 und nicht um 750 Arbeitsplätze gegangen. Zudem würden durch die 33 Postfrachtzentren bundesweit 2000 Arbeitsplätze abgebaut. Nicht zuletzt hätten die unter Zeitdruck stehenden Vertreter der Post selbst die Gespräche abgebrochen, weil sie sich außerstande sahen, in einer neuen Verhandlungsrunde einen höheren als den vom Rat festgelegten Quadratmeterpreis für das Gelände auszuknobeln.

Aus all diesen Gründen entziehe sich die CDU nicht, wie der SPD-Fraktionschef Thomas Glück einwarf, ihrer Verantwortung, betont Hubel. Die Interpretation von GAL-Sprecher Knab, die Christdemokraten wollten „andere Planungen auf den Weg“ bringen, weist der Fraktionschef als „unsinnig und falsch“ zurück. Dem Bereich der kommunalpolitischen Polemik ordnet Hubel abschließend die GAL-Kritik zu, der CDU sei es wohl kaum ernst gewesen, als sie den Naturschutz als Gegenargument ins Feld führte.